

Antrag

der Abgeordneten Niema Movassat, Dr. André Hahn, Gökay Akbulut, Matthias W. Birkwald, Sylvia Gabelmann, Susanne Ferschl, Ulla Jelpke, Dr. Achim Kessler, Katja Kipping, Jan Korte, Jutta Krellmann, Petra Pau, Martina Renner, Friedrich Straetmanns, Harald Weinberg, Sabine Zimmermann (Zwickau), Pia Zimmermann und der Fraktion DIE LINKE.

Eine unabhängige Expertenkommission für die Drogenpolitik einberufen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die deutsche Drogenpolitik macht Suchtabhängige sowie Gelegenheitskonsument*innen von Betäubungsmittel zu Kriminellen. Dabei ist die Prohibition des Erwerbs und Besitzes von Betäubungsmitteln zum Eigenkonsum gescheitert. Sie verhindert weder, dass Menschen suchtkrank werden und bleiben, noch, dass Menschen in ihrer Freizeit Betäubungsmittel zum Genuss konsumieren.

Dieser Erkenntnis setzt sich weltweit mehr und mehr durch. So hat beispielsweise Portugal 2001 den Besitz sämtlicher Drogen entkriminalisiert und hierdurch im Bereich der öffentlichen Gesundheit beachtliche Erfolge erzielt. Seit 2018 erlaubt Kanada den Eigenbesitz von Cannabis. Im US-Bundesstaat Oregon wurde zur Bekämpfung einer großen Opioidkrise erst kürzlich der Besitz sämtlicher Substanzen zum Eigenbedarf entkriminalisiert. Dieses weltweite Umdenken folgt der Erkenntnis, dass der „War on drugs“ gescheitert ist.

Auch die Bundesrepublik Deutschland muss endlich handeln. Viele der jährlichen Drogentode (1.398 im Jahr 2019) könnten verhindert und Gesundheitsrisiken reduziert werden: zum Beispiel durch drug-checking, eine Entkriminalisierung aller Drogen, durch mehr Substitutionsbehandlungen, Drogenkonsumräume oder einen flächendeckenden Zugang zu Naloxon und sterilen Konsumutensilien. Es ist notwendig, die Suchthilfe auf der einen sowie den eigenverantwortlichen Konsum erwachsener Menschen auf der anderen Seite zu reformieren. Welcher Weg in der Drogenpolitik dabei der richtige ist, kann nicht in einem einzelnen Ressort auf Bundes- oder Länderebene beziehungsweise auf kommunaler Ebene festgestellt werden. Darüber hinaus sind von Gesundheitswesen über die Justiz und die Verkehrspolitik unterschiedliche Bereiche von der Drogenpolitik betroffen. Es bedarf eines interdisziplinären Ansatzes für eine neue Drogenpolitik.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

in Zusammenarbeit mit den Bundesländern eine Kommission anerkannter Expert*innen insbesondere aus den Bereichen des Gesundheitswesens, der Drogen- und Suchthilfe, der Strafverfolgungsbehörden und Justiz einzuberufen. Diese Kommission soll beauftragt werden, konkrete Vorschläge zu einer ganzheitlichen Neuausrichtung der deutschen Drogenpolitik anhand aktueller wissenschaftlicher Erkenntnisse zu erarbeiten und einen Zeitplan für deren Umsetzung aufzustellen.

Berlin, den 23. März 2021

Amira Mohamed Ali, Dr. Dietmar Bartsch und Fraktion

Begründung

Das Herzstück deutscher Drogenpolitik, das Betäubungsmittelgesetz (BtMG), stammt ursprünglich aus dem Jahr 1929 und wurde zuletzt 1981 grundlegend reformiert. In den vergangenen vier Jahrzehnten hat jedoch ein Wandel stattgefunden, sowohl die öffentliche Meinung hinsichtlich des Konsums legaler und illegalisierter Drogen sowie die wissenschaftliche Expertise haben sich verändert und weiterentwickelt. Die bundesdeutsche Verbotspolitik hat nichts daran geändert, dass in Deutschland Drogen verkauft und konsumiert werden.

Bereits 1999 wurde eine Drogen- und Suchtkommission aus Mediziner*innen, Rechtswissenschaftler*innen, Sozialwissenschaftler*innen und Journalist*innen in Deutschland einberufen. Das 14-köpfige Gremium erarbeitete Reformvorschläge und einen Zeitplan für deren Umsetzung. Umgesetzt wurden die Vorschläge jedoch nie. Über 20 Jahre später ist es Zeit, neue wissenschaftliche Erkenntnisse einzubeziehen und neue Wege für die deutsche Drogenpolitik frei von Ideologie zu erarbeiten.

Über 24.000 Menschen unterzeichneten im vergangenen Jahr eine Petition der Initiative „mybrainmychoice“ und forderten „eine unabhängige und transdisziplinäre Kommission einzuberufen. Diese soll ein Konzept für eine zeitgemäße deutsche Drogenpolitik erarbeiten“ (www.change.org/p/frau-ludwig-engagieren-sie-eine-unabh%C3%A4ngige-fachkommission-f%C3%BCr-eine-neue-drogenpolitik). Aufgrund der obenstehenden Aspekte kommen die Antragsteller*innen zu dem gleichen Schluss, wie die Initiator*innen und Unterzeichner*innen der Petition: in Deutschland ist es Zeit für einen wissenschaftsbasierten Neustart in der Drogenpolitik.